

„Die Politik ist mit verantwortlich“

FN
23.5.10

Zur Haushaltslage in Herzogenrath schreibt Hans Aust im Namen der Gruppe attac Wurmthal:

In etlichen Artikeln ist berichtet worden, dass der Haushalt der Stadt Herzogenrath für 2015 nicht genehmigt wird, da die Jahresabschlüsse 2008 bis 2012 nicht vorliegen. Die negativen Folgen des Nothaushalts sind längst spürbar. Der Kämmerer hofft, die ungeprüften Abschlüsse 2009 und 2010 in 2015 vorlegen und mit dem Abschluss 2011 beginnen zu können. Auch wenn dies erfüllt wird, bedeutet dies, dass der Haushalt 2016 ebenfalls nicht genehmigungsfähig ist, da dazu die geprüften Jahresabschlüsse bis 2013 vorliegen müssen. Wenn der Kämmerer hofft, in einem Jahr (2015) etwas mehr als zwei nicht zu prüfende Jahresabschlüsse vorlegen zu können, ist es trotz Personalverstärkung zweifelhaft, ob er 2016 die vier Jahresabschlüsse bis 2014 in geprüfter Form vorlegen kann. Sollte das nicht der Fall sein, wäre auch der Etat 2017 nicht genehmigungsfähig. Die Bürger müssen damit rechnen, dass bis Ende 2017 keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen gezahlt werden dürfen.

Wer ist für diese Misere verantwortlich? Wie Redakteurin Beatrix Opreé in ihrem Kommentar zutreffend dargestellt hat, trägt die Hauptverantwortung der Bürgermeister. In einem am 10. Januar veröffentlichten Interview erläuterte der Bürgermeister, warum es zu dieser Situation kam. Das klang für mich wie „Ich kann nichts dafür, das war höhere Gewalt“. Obwohl die Gründe wohl zutreffen, muss es oberstes Ziel eines Verwaltungschefs sein, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu wahren. Diese Probleme zu lösen, wäre schon in den vergangenen Jahren Chefsache gewesen und nicht erst ab 2015, wie Herr von den Driesch in seinem Interview ankündigte. Die heutige Situation ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich in vielen Jahren zugespitzt.

Es hat genügend Mahner gegeben, die Situation mit den dramatischen Folgen ernst zu nehmen. So hat neben der Presse, die mehrfach berichtete, auch die Gruppe attac Wurmthal einige Male auf die überfälligen Jahresabschlüsse hingewiesen. Die Politik hat regelmäßig nachgehakt. Sie ist jedoch mitverantwortlich, da sie das nicht konsequent und nachdrücklich

genug getan hat. Einen weiteren Eindruck davon, wie der Kämmerer das Verhältnis zwischen Stadt und Bürgern sieht, kann in der Behauptung gesehen werden, das Thema Nothaushalt werde aufgebaut. Sollen die Bürger klaglos das Versagen der Verwaltung ausbaden? Meines Erachtens muss die Stadt den Bürgern dienen und nicht umgekehrt.

In seiner Neujahrsrede hat unser Bürgermeister erwähnt, dass Herzogenrath laut Eröffnungsbilanz eine Rücklage von 163 Millionen Euro habe. Dieser Betrag ist die Bewertung der Vermögensgegenstände abzüglich Schulden. Das Geld liegt keinesfalls auf einem Konto, sondern ist gebunden in Gebäuden, Straßen und Kanälen. Außerdem ist diese „Rücklage“ durch die Fehlbeträge der letzten Jahre um rund 58 Millionen Euro auf etwa 105 Millionen Euro gesunken. Ob diese Zahl Bestand hat, wird sich durch die Jahresabschlüsse ab 2011 zeigen. Sie beinhaltet auf jeden Fall Unsicherheiten, da die Jahresabschlüsse 2008 bis 2010, die Fehlbeträge von insgesamt nur einer der insgesamt 58 Millionen Euro ausweisen, gar nicht geprüft werden.